

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

19.9.1873 (No. 218)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

N^o. 218

Ercheint täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen
1 fl. 68 kr. vierteljährlich.

Freitag, 19. September

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile oder deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. October beginnt das vierte Quartal unseres Blattes. Mit Hinweis auf die an der Spitze desselben enthaltene Preisangabe bemerken wir, daß alle Postanstalten und Landpostboten Bestellungen annehmen; für hier und Umgegend das Bureau unseres Blattes sowie die Austräger.

Karlsruhe, den 17. September 1873.

Die Redaction des Bad. Beobachters.

Deutschland.

Karlsruhe, 18. Sept. S. K. H. der Großherzog haben unterm 13. d. M. gnädigst geruht, den Stationscontroleur Oberzollinspector Karl Otto Abegg in Kannstadt auf sein unterthänigstes Ansuchen auf den 1. Oct. d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

S. K. H. der Großherzog haben mit allerhöchster Entschliebung aus großh. Staatsministerium vom 13. September d. J. gnädigst geruht: 1) den Professor Karl Roth am Pädagogium und Realgymnasium in Pforzheim in gleicher Eigenschaft an das Progymnasium in Offenburg und 2) den Professor Karl v. Langsdorff am Gymnasium in Karlsruhe in gleicher Eigenschaft an das Pädagogium und Realgymnasium in Pforzheim zu versetzen; 3) den Lehrer Theodor Rodenberg an der höheren Bürgerschule zu Chemnitz, unter Verleihung der Staatsdiener-Eigenschaft, zum Professor am Pädagogium und Realgymnasium in Pforzheim zu ernennen; ferner 4) den Diaconus Julius Volack an der höheren Bürgerschule in Mühlheim der Function eines Vorstandes an derselben zu entheben und die Vorstandes- und erste Lehrstelle an der genannten Anstalt dem Professor Ludwig Sevin an der höheren Bürgerschule in Constanz zu übertragen; 5) den Professor Franz Alois Rüttinger an der höheren Bürgerschule in Billingen in gleicher Eigenschaft an die höhere Bürgerschule in Emmendingen zu versetzen; endlich 6) den Lehrer Dr. Ernst Schottky an der höheren Bürgerschule in Heidelberg zum Professor an der genannten Anstalt zu ernennen.

Karlsruhe, 17. Sept. Das Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 22 vom 15. d. enthält Bekanntmachungen und Verordnungen 1) des Ministeriums des Innern: a. die Berufspflichten der Aerzte betreffend; b. die Maßregeln gegen die Cholera betreffend. 2) Des Finanzministeriums: die Verpflegung

Verschiedenes.

(Einer interessanten Correspondenz) des Berner „Bund“ entnehmen wir: „Es war gestern den 25. d., um 11¹/₂ Uhr, als die Nachricht einlief, Alexander Huber von Guttanen, der mit seinem Bruder Kaspar und einem Freunde, Heinrich Ott, auf das Krystallfelsen ausgegangen war, sei in einen tiefen Gletschgrund gefallen, hoch oben am Gerstengrät, dem Rhonegletscher zu. Die Schneebede, welche trügerisch den Abgrund verbarg, war mit ihm eingebrochen. Kaspar war hierhergeeilt, um Leute und Stricke zu holen; in 1¹/₄ Stunden hatte er einen halbschweren Weg von 5 Stunden zurückgelegt. Augenblicklich sandte der Wirth drei Knechte mit, Hans Kehli, Hans Byßath und Aeben, und hinauf ging wieder im Sturmschritt. In unsäglicher Angst harrete ihrer Heinrich Ott. Der Verunglückte, von dem er erst nur ein Bein sah (der Oberkörper lag nach unten), war unterdessen aufgestanden, vermochte aber nur unbedeutlich zu rufen und schwieg wieder gänzlich. Endlich, endlich kamen sie. In drei Stunden waren sie über die Fläche Gletscher und Schneewände hinaufgelaufen. Ein Strick wird hinuntergelassen; Alexander ergreift ihn, vermag ihn aber nicht zu befestigen; er war bewußtlos und tastete unwillkürlich und kraftlos. Einer muß selbst hinunter! Kehli, schon früher erprobt in ähnlichen Fällen, erbietet sich. Das Seil, an dem er hängt, ist zu kurz, der Schrund 74' tief. Ein anderes hinunter! Wie er sich aus der Schlinge des ersten Strickes lösen will, fällt er noch etwa 12' tief auf Huber, merkwürdiger Weise ohne ihn und sich zu beschädigen. Wenn

der Rekruten, Reservisten und Landwehrmänner bei Einziehungen betreffend.

* Karlsruhe, am Vorabend des Wahltages. Noch in der letzten Stunde, Katholiken, ermahnen wir Euch: vergeßt Eure Pflicht nicht, die Euch am 19. d. M. zur Wahlurne ruft! Blickt hin auf die confessionell eng zusammengehaarten Protestanten und nehmt Euch ein Beispiel daran, wie auch Ihr es bei der Wahl halten solltet! Wir reden nicht von den materiellen Kosten, die Euch der Liberalismus täglich mehr aufbürdet, — Ihr wißt es selbst, wie es früher war und wie es jetzt ist; wir appelliren heute einzig nur on Euer Ehrgefühl, das denen, die an dem Glauben und den Gewohnheiten der Väter auch heute noch festhalten, verbieten muß, Leute zu wählen, die Euch mit den ehrenrührigsten und schändlichsten Beschimpfungen überhäufen, die Euch für vaterlandslos erklären, weil Ihr vom Oberhaupt und den Hirten Eurer Kirche nicht abfallen wollet, und die damit Steine auf das Grab Eurer Eltern und Vorfahren werfen, die geglaubt und Euch gelehrt haben, daß man ein guter römisch-katholischer Christ und ein weckerer Bürger seines deutschen Vaterlandes sein könne! Bedenkt, der Schimpf ist ungeheuer; bedenkt, daß es keine andere Sühne dafür gibt, als den Weg nach der Wahlurne, — Katholiken, Ihr werdet ihn zu finden wissen!

× Aus dem Kreise Karlsruhe, 15. Sept. Es mag sein, daß durch die Enthüllungen Lamarmora's der herrschende Liberalismus sehr unangenehm berührt ist, weil die enthüllten Umtriebe des preuß. Premiers doch gar zu bunt lauten. Im Uebrigen wird sich die nationale Partei daran doch nicht allzulehr stoßen, da ihre Fertigkeit über geschene Dinge beide Augen zuzudrücken, nichts zu wünschen übrig läßt und der Cardinalsatz, „die Politik kennt keine Moral,“ der beliebte weite Sack ist, in welchem gar Manches untergebracht wird, was ein ehrlicher Mann zu verpacen sich außer Stande sieht. Uns bleibt bei al' dem Scandal die Genugthuung, diese und jene Betrachtungen anzustellen, was wir auch nicht unterlassen wollen. Man heißt uns „Vaterlandslose“ und schiebt uns die ungeheuerlichsten Dinge in die Schuhe. Was würde man erst mit uns anfangen, wenn wir mit Hilfe Italiens und Frankreichs gegen so und so viele Millionen Deutsche agitirt hätten, bis sie schließlich mittelst eines blutigen Krieges von Deutschland abgetrennt worden wären? Man unterschreibt uns den verwerflichen Satz: „Der Zweck heiligt die Mittel“, ja man treibt deutsche Männer über Land

auf einem Sessel Gurtannen zu. Himmlischer Trost für seine Frau, den alten Vater und das ganze Dorf, wo ein schlechter Bote seinen Tod gemeldet hatte.

— In Potsdam hält ein Selbstmord die Gemüther augenblicklich in Aufregung. Die Ehefrau eines Beamten der Berlin-Potsdam Magdeburger Eisenbahn, die mit den angesehensten Familien im Verkehr stand, und deren Familienleben das glücklichste zu sein schien, hat am 10. d. M. durch Ertränken ihrem Leben gewaltsam ein Ende gemacht. Nachdem dieselbe am Morgen in gewohnter Weise ihren Mann bis an die Bureau-Räumlichkeiten begleitete und dortselbst von ihm zärtlichen Abschied genommen hatte, wanderte sie hinaus bis nach dem Neuen Palais, um dort ihr Vorhaben auszuführen. In der Vormittagszeit fand der Ober-Gärtner des Parks auf einer Brücke ihr Taschentuch nebst einem an ihren Mann gerichteten Briefe. Ein Blick über das Geländer zeigte ihm die begangene That. Seitens der Staatsanwaltschaft und des Gerichts mußte gleichfalls der Selbstmord constatirt werden, zumal der hinterlassene Brief klar angibt, daß eine schmerzhafteste Krankheit der Unglücklichen das fernere Leben zu einer Last gestaltet habe.

— Auf der Stachauer Alpe in Steiermark erschlug der Blitz erst vor wenigen Tagen 16 Kinder, und schon wieder ist ein ähnliches Ereigniß zu verzeichnen. Während nämlich in einer der lehrverflohenen Nächte ein heftiges Gewitter über der Alpe niederging, fuhr der Blitz abermals unter die Heerde und tödtete diesmal 20 Ochsen mit Einem Schlage.

und Meer angeblich wegen lockerer Moralgrundsätze, die erst noch zu beweisen sind. Was würde für ein Sturm gegen uns losbrechen, wenn ein solcher Knäuel der exorbitantesten Intriguen auf unsere Kosten abgewickelt werden könnte, wie es jetzt der Fall ist in Betreff des Mannes, vor dem eine zahllose Schaar Bewunderer im Staube liegt? Man nennt uns die „im Finstern schleichende Partei“ und läßt in wirklicher Musterhaftigkeit die grandiossten Spudgeschichten zusammen. Was wäre denn unser Loos, wenn irgend ein Diplomat aus seinem Feldeisen zu unserer Belästigung nur ein Bruchstück solcher Enthüllungen reproduciren könnte, wie Lamarmora gegen Bismarck? Man klagt uns vor allem Volke der Heuchelei an und stachelt zu immer größerem Mißtrauen auf, so daß wir wirklich als „Verdächtige“ nach allen Enden der Welt denunciirt und signalisirt sind. Was geschähe wohl, wenn ein solch vollgepökeltes Maß der „politischen Heuchelei“ auf uns abgeladen werden könnte, wie auf den preussischen Staatsmann und dessen Politik im Jahre 1866? — Diese und ähnliche Fragen stellen wir und dürfen sie stellen, weil uns dabei gar nicht bange Muthes wird, daß wir irgend woher durch ähnliche Enthüllungen moralisch niedergeworfen werden können, weil wir von der altdeutschen Art nicht lassen mögen: „Ehrlich währt am längsten“. Man hat in den verblühten Blättern Preußens darauf hingewiesen, daß die Enthüllungen Lamarmora's in den Händen der Ultramontanen gewichtige Waffen sein werden. Warum denn nicht? Es wird wohl noch erlaubt sein, in Zukunft an Ort und Stelle dem übermüthig gewordenen Liberalismus bei der gegen uns betriebenen Falschmünzerei die Gegenzahlung mit echter Münze zu effectuiren.

Konstanz, 14. Sept. Zu dem sog. altkathol. Gottesdienst und der Predigt des „Bischofs“ in der Augustinerkirche strömten viele Neugierige, Protestanten, Schaulustige. Von einer Andacht sahen wir trotz Ammons Versicherungen nicht viel; man sah so recht, daß es auf eine Demonstration abgesehen war. Nachher besuchte Reinkens das Waisenhaus und soll sehr herablassend gegen die Kinder gewesen sein. Die Konstz. Btg., die den wahren Bischof v. Kübel oft wegen seiner Freundlichkeit mit den Kindern mit ihren Liebenswürdigkeiten bedacht, hebt das an „ihrem Bischof“ besonders hervor. In der protestant. Kirche fand englischer Gottesdienst statt. (Fr. St.)

München, 12. Sept. Bei unserm Bürgerstande macht sich bezüglich der Zustände im neuen Reiche mehr und mehr die bitterste Enttäuschung Luft; lei-

bet ja gerade er am meisten unter der zunehmenden Steuerlast und der fortschreitenden Entwerthung des Geldes; dazu in Folge der kirchlichen Politik im Reiche vielfacher Unruhe im Hause und in der Familie. Das sind Dinge, die beim Bürger tiefer einschneiden als sonst in irgend einer Classe; die Lebensverhältnisse sind für ihn ganz andere geworden, anders als er es gehofft: anstatt der in Aussicht gestellten Besserung der materiellen und geistigen Verhältnisse tritt überall Verschlechterung derselben ihm entgegen, und daher nichts natürlicher als — je größer zuvor die Hoffnung, die Begeisterung, um so größer jetzt die Enttäuschung, die Verstimmung. Bessere steigt noch, je näher der Augenblick herantritt, wo in Folge der neuen Münzordnung die bisher mit einem halben Gulden — 30 Kreuzern — bezahlte Waare auf eine Mark — 35 Kreuzer — zu stehen kommt und gar in den nach Kreuzern bisher berechneten Brodpreisen bei der unmöglichen Ausgleichung zwischen den neuen Pfennigen und den alten Kreuzern sich eine erhebliche Steigerung geltend machen wird. Die Nachtheile, welche die neue Münzordnung für Süddeutschland überhaupt bringt, treten auch selbst dem zum größeren Theile wenigstens nationalliberal angehauchten Handelsstande schon jetzt, wo er sich in seinen Berechnungen namentlich nach der Schweiz, nach Oesterreich hin, darauf vorbereitet, so klar vor Augen, daß man aus diesen Kreisen auch, die sonst im Reiche ihr Elysium gesehen oder geträumt, jetzt eine Sprache vernimmt, die von nichts weniger als von Begeisterung oder gar nur Zufriedenheit zeugt. Auch die willkürliche Herabsetzung des anerkannt weitläufigen österr. Reichsgulden hat bei unserem süddeutschen Handelsstande böses Blut gemacht, um so mehr, als es heißt, man habe dieses Geldstück nur entwerthet, um es billig aufzukaufen und zur Prägung der neuen Silbermünzen für das Reich verwenden, somit doppelten Werth, resp. Nutzen daraus ziehen zu können durch billigeren Ankauf einmal und dann durch Prägung von Münzen des 85 1/2 Guldenfußes aus Münzen des 52 1/2 Guldenfußes. Die Ansicht ist bei uns in Süddeutschland sehr stark verbreitet und macht ebenso böses Blut, als die Thatsache, daß die Militärkassen die Löhnungen, Bezahlungen an Bürger u. s. fortwährend in Fünffrancstücken verrichten, sie dabei zum vollen Werthe anrechnen, während die Handelskammern und Börsen dieselben trotz ihrer Vollgiltigkeit auch nur zu niederen Preisen annehmen. Solche Dinge hätte man früher allesammt der inländischen Regierung zugeschoben und mit Recht ihr zur Last gelegt; jetzt aber kommt solche Benachtheiligung auf die Rechnung des Reiches, und hört in Geldsachen schon die Gemüthlichkeit auf, um wie viel mehr die Begeisterung. Man sieht freilich zu spät ein, daß man seine Sache nicht durch die richtigen Männer beim Reiche vertreten ließ, daß die Gesetzgebung in Händen einer Majorität ist, die wohl das Interesse des Reiches und des Volkes im Munde führt, in der That aber nur für ihre Interessen, d. h. für Befriedigung eines Staats- und Reichsidols arbeitet, das schließlich alle Verhältnisse auf den Kopf stellen muß. Ist sich doch diese Majorität der Nationalliberalen über ihre eigene Haltung nicht klar, streiten sie sich nun doch selbst unter einander und bei uns in Bayern diesmal gerade in der wichtigsten Angelegenheit ihres Programmes. — Sie haben kürzlich Notiz genommen von dem abfälligen Urtheile, welches das Organ der Nationalliberalen in Bayern, die „Wochenschrift der Fortschrittspartei“ über den sogenannten Altkatholicismus ausgesprochen. Ueber dieses Urtheil war der gesammte „Altkatholicismus“ in Feuer und Flammen, und bei seiner engsten Blutsverwandtschaft mit dem Nationalliberalismus mußte die „Wochenschrift“ schon in der nächsten Nummer, wie Sie ebenfalls bereits erwähnt, die Erklärung bringen, „daß die unglückliche Kritik des „Altkatholicismus“ eine höchst persönliche Meinungsäußerung eines ihrer Mitarbeiter und nur durch ein Mißverständnis zum Abdruck gelangt sei.“ Indes ist damit die Sache nicht abgethan: in der nationalliberalen Presse wird sie noch weiter verarbeitet; es wird nicht nur für und wider gestritten bezüglich des „Altkatholicismus“ und seiner Lebensfähigkeit in einem Staat, dessen Regierung so viel Wohlwollen ihm entgegenbringt, sondern schon dehnt sich der Streit auch weiter aus auf andere Gebiete, und besteht bereits eine Partei, die ganz entschieden in der Erlanger „Wochenschrift“ nicht mehr das Organ des Nationalliberalismus in Bayern erkennen will, so daß, wenn nicht bald die wohlbekannte nationale Parteidisciplin mit Hilfe eines reichskanzlerischen Quos ego dazwischen tritt, die Partei in Bayern wenigstens sich spalten wird. In der Sache aber, um deren willen der Streit ausbrach, kommt schließlich der einst von den National-

liberalen so hochgehaltene Minister v. Luz am schlechtesten weg. Die Gegner des erwähnten Wochenschriftartikels wollen in demselben einen Fühler erblicken, wie sich die „liberale“ Partei zu der kirchlichpolitischen Frage bei der nächsten Session des Landtages wohl verhalten möge, und dagegen erklären sie nun, daß sie sich nicht mehr durch schöne Reden, selbst wenn sie vom Ministerische ausgehen und sehr kategorisch lauten, beschwichtigen lassen. Die „liberale“ Partei werde das Ministerium drängen, endlich durch Thaten seine wahre Farbe zu documentiren; sie werde — ich constatirte damit das Geständniß einer Behauptung, die sonst so tiefe Enttäuschung bei den „Altkatholiken“ hervorrief — „von dem Bunde mit dem Altkatholicismus, d. h. von dem politischen Standpunkte, auf welchen sich die Altkatholiken in der kirchlichen Frage gestellt haben, nicht zurücktreten und sich der Schaukelpolitik des Herrn v. Luz nie und nimmermehr auf Gnade und Ungnade ergeben. Freilich wird Herr v. Luz Bayern nur so lang von einem ultramontanen Ministerium, sei es in eigener oder sei es in fremder Person, retten, als ihm die liberale Partei unbedingt zu Diensten steht; ob aber Herr v. Luz um den Preis des politischen Selbstmordes seitens der liberalen Partei nicht zu theuer erkaufte sei, das werden sich die wahren Führer der Partei und die Schirmer der liberalen Principien vorerst doch noch etwas überlegen.“ Klingt das nicht wie ein Abjurationsbrief an Herrn v. Luz — den „Bismarck II. Auflage“, wie er einst von jener Partei genannt wurde? Es ist eben für einen Staatsmann ein Verbrechen, den nationalliberalen Willen nicht zu thun, wie es Berrath am Reiche ist, auf nationalliberalen Befehl nicht zu schlagen! Quousque tandem . . .!

(Berm.)

München, 15. Sept. Der oberste Gerichtshof hat heute in Sachen des „Altkatholicismus“ eine wichtige Entscheidung getroffen. Wegen eines in Nr. 151 des „Straubinger Tagblattes“ enthaltenen Artikels, in welchem u. A. die Ausrufung vorkam: „ein altkatholisches Blatt lügt und verleumdet wie das andere; Fälschung und Verleumdung bilden die Lebenselemente dieser Secte“ wurde vom Bezirksgerichte Straubing Verweisung des betreffenden Redacteurs wegen Verletzung des §. 166 des Reichsstrafgesetzbuches vor das Schwurgericht beantragt, welchem Antrag jedoch das Appellationsgericht von Niederbayern keine Folge gab. Dasselbe verfügte vielmehr in geheimer Sitzung vom 13. August l. J. Einstellung des Verfahrens, indem in fraglichem Artikel wohl eine Beleidigung von Mitgliedern der katholischen Kirche, nicht aber ein Angriff auf die Religion nach §. 166 enthalten sei. Die gegen dieses Erkenntniß vom bezirksgerichtlichen Staatsanwalte erhobene Nichtigkeitsbeschwerde gelangte heute Vormittag vor dem obersten Gerichtshof zur Verhandlung. Nach Verlesung der diesbezüglichen Acten stellte die Staatsvertretung den Antrag, die Nichtigkeitsbeschwerde zu vermerken, und zwar aus folgenden Gründen. Nach §. 166 des deutschen Reichsstrafgesetzbuches wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft, wer durch Gotteslästerung Aergerniß gibt oder gesetzlich anerkannte Religionsgesellschaften beschimpft. Im gegebenen Falle frage es sich nun, ob eine Beschimpfung von Altkatholiken als eine Beleidigung der katholischen Kirche aufgefaßt werden könne. Dem Staate gegenüber bildeten die Altkatholiken keine mit Corporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende, selbständige Religionsgesellschaft, sie seien nicht aus dem Rahmen der katholischen Kirche ausgetreten, sie seien immer noch Mitglieder derselben; Alt- und Neukatholiken bildeten zusammen die katholische Kirche, da die bezüglich des Dogma's von 1870 zwischen beiden bestehenden Divergenzen eine förmliche Trennung oder Auflösung nicht herbeigeführt hätten. Von einer Beschimpfung der katholischen Kirche als solcher könne somit im vorliegenden Falle nicht die Rede sein. Es sei vielmehr ein Streit zwischen Anhängern der neuen und Anhängern der alten Richtung innerhalb der katholischen Kirche und habe somit das Appellationsgericht vollständig das allein möglich Richtige getroffen. Der oberste Gerichtshof erkannte auf Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde, da der in dem incriminirten Artikel enthaltene Vorwurf nicht als Beschimpfung einer christlichen, resp. der katholischen Kirche als solcher aufgefaßt werden könne. Vom staatlichen Standpunkte aus bestehe die katholische Kirche aus den Anhängern beider Richtungen und könne somit ein Angriff gegen den sogenannten Altkatholicismus nicht als ein Angriff gegen die Kirche selbst oder deren Einrichtungen und Gebräuche betrachtet werden. Da es also an den Thatbestandsmerkmalen des in §. 166 vorgesehenen Vergehens mangelte, mußte die Nichtigkeitsbeschwerde im Sinne

des staatsanwaltschaftlichen Antrages für unbegründet erachtet werden.

Die Cholera hat in der letzten Zeit entschieden abgenommen, und so wird denn der Landtag im October eröffnet werden. Es läßt sich nicht bestreiten, daß das Ministerium mit diesem Verschieben über den äußersten verfassungsmäßig zulässigen Termin (Ende September) dem Wunsche der Mehrheit der Abgeordneten entsprach. In früherer Zeit, da man es mit dem Constitutionalismus noch genauer nahm, wäre dies, der nahelegenden Consequenzen wegen, nicht so leicht gegangen. Bemerkenswerth ist, daß die Nationalliberalen am meisten das Verschieben der Kammereröffnung verlangten, während die zur patriotischen Partei zählenden Landtagsmitglieder das Einhalten des Termins forderten, da die Abgeordneten eben so gut wie Aerzte und Geistliche ihre Pflicht zu erfüllen hätten.

Berlin, 15. Sept. Heute bin ich in der Lage, Ihnen ein paar interessante Nachrichten mitzutheilen. Erstens: es ist Ordre ergangen, sämtliche kathol. Elementarlehrer zur Unterzeichnung der Ratibor'schen „Staatskatholiken“-Adresse anzuhalten. Zweitens: mehrere Regierungspräsidenten haben einen Verweis erhalten, weil sie nicht mit der gehörigen Sorgfalt über die Verletzungen von Geistlichen berichtet, die im Widerspruch mit den Kirchen-Gesetzen von einigen Bischöfen vorgenommen worden! Noch interessanter ist, daß Fürst Bismarck, was ich Ihnen mit Bestimmtheit versichere, in seinen Bemühungen, auch England in den großen „Culturkampf“ hineinzuziehen, abermals eine abschlägige Antwort erhalten, die in viel unfreundlicheren Ausdrücken abgefaßt worden, als die war, welche er im vorigen Jahre im November aus London erhielt. Der „Culturkampf“, zu dem Lamarmora eben einen so eigenthümlichen Commentar geliefert hat, bereitet dem Manne, der ihn unternommen, ernste Sorgen, und soll diese Gemüthsstimmung sich bei ihm nicht selten in wenig parlamentarischen Ausdrücken Luft machen. „Er ist unheimlich lustig“, lautete neulich der Bericht eines Schreibstafelen, „und das ist ominös.“ (R. B. J.)

Berlin, 17. Sept. Der Minister des Innern hat den Bezirksregierungen eröffnet, daß die in diesem Jahre erforderlichen Neuwahlen zum Landtage in der zweiten Hälfte des Octobers stattfinden werden.

Berlin, 17. Sept. Die „Prov.-Corr.“, den Geist und einzelne Bestimmungen des Allerhöchsten Erlasses über die evangelische Kirchenverfassung besprechend, schreibt: Aus dem allen geht klar hervor, daß die neue kirchliche Organisation nach dem Sinne des Königs und der Regierung ein Duell wirklich evangelisch-christlichen Lebens und ein Duell wahrhafter Erfrischung und kräftiger Erneuerung des Wesens und Wirkens der evang. Kirche in Preußen werden sollte. Allen lebendigen Gliedern der Kirche, vor allem der evan. Geistlichkeit werde hiermit ein fester Boden gegeben sein, auf welchem sie je nach der Stellung und dem inneren Verufe an der Wiederbelebung und Aufrichtung der Kirche erfolgreich mitwirken könnten. — Dasselbe Blatt zeigt an, daß mit Rücksicht auf die allerhöchste Botschaft vom 14. Februar 1872 es geboten erscheine, den Bericht der Eisenbahnuntersuchungscommission zuordern der Landesvertretung bei deren nicht fernem Zusammenritt mitzutheilen und die Modalitäten der weiteren Veröffentlichung mit derselben zu erwägen. — Fürst Bismarck kommt am Sonntag für die Dauer des Aufenthalts des Königs von Italien hierher.

Königsberg i. Pr., 14. Sept. Der socialdemokratische Agitator L. G. Esten ist von der ersten Criminal-Deputation des hiesigen Stadgerichts wegen Beleidigung in der Presse, insbesondere des Redacteurs der „Ostpr. Zeitg.“ zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. (R. B. J.)

Posen, 15. Sept. Der „Kur. Pozn.“ schreibt: „Als der Oberpräsident den jülicheren Theil des Großherzogthums bereiste, erschienen die Geistlichen nicht zu seiner Begrüßung, sie blieben vielmehr zu Hause und warteten, ob er nicht zu ihnen kommen würde und die Kirche besuchen wollte. Eine Ausnahme geschah nur in Koblenz. Dort erschienen der Pfarrer und der Vicar zum Empfang des Herrn Günther, wofür ihnen die Ehre zu Theil wurde, daß sie am rechten Flügel Posto faßen, während der Rabbiner die Mitte und der Pastor den linken Flügel einnahmen.“

Bon der Weichsel, 15. Sept. Man schreibt der „Germania“: „An die Nachricht von der Anwesenheit des Posener Weihbischöfes Janiszewski in Pöplin knüpfen „liberale“ Blätter, eins nach dem andern, allerlei Vermuthungen, die ganz unbegründet sind. Es ist ja allgemein bekannt, daß der Bischof von Culm den neuen kirchenpolitischen Ge-

sehen gegenüber denselben Standpunkt einhält, wie der Erzbischof von Gnesen-Posen, und wie überhaupt alle katholischen Bischöfe Preußens. Es ist somit lächerlich, zu behaupten, der Erzbischof von Gnesen-Posen hätte seinen Suffragan nach Pöplin ausgesandt, um den Bischof von Culm zur Opposition der Staatsregierung gegenüber zu veranlassen. Der Posener Weihbischof hatte amtliche Functionen an der Grenze der Culmer Diocese zu verrichten, und machte von dort aus einen Abstecher nach Pöplin, um persönlich unserm greisen Oberhirten den Dank dafür auszusprechen, daß derselbe seiner Zeit bei plötzlich eingetretener Erkrankung des Culmer Weihbischofes, obgleich selbst etwas kränklich, nach Posen geeilt war, und bei der Consecration des Msgr. Janiszewski fungirte."

Ausland.

Wien, 12. Sept. Die Enthüllungen Lamarmora's, so interessant sie für den Historiker und Politiker auch sein mögen, werden an dem Gang der österreichischen Politik nichts ändern. Die Politik, welche Graf Beust nach dem französisch-deutschen Krieg verfolgte und die sein Nachfolger im Amt ihrem vollen Umfange nach acceptirte, war und bleibt vielleicht noch auf lange Zeit ein Gebot der Nothwendigkeit. Mag der damalige Graf Bismarck gegen Oesterreich gehandelt haben, wie er wollte, mag Victor Emmanuel von den schlimmsten politischen Grundsätzen sich haben leiten lassen: alles dies kann an der Sachlage nichts ändern. Was die österreichischen Staatsmänner aus der Geschichte, wie der Feldzug von 1866 vorbereitet wurde, lernen können, das ist Besinnung und Mißtrauen in die Absichten der neuen Freunde. Dazu bedurfte es aber nicht einmal der „vermehrten Beleuchtung“, mit welcher der italienische Feldherr und Staatsmann seinen Lesern aufwartet. Man weiß in Wien besser Bescheid über das ominöse Kriegsjahr 1866, als man sich den Anschein gibt, und es ist dem Grafen Andraffy Vieles nicht mehr neu, was dem großen Publicum bisher unbekannt geblieben ist. Dennoch müssen wir Lamarmora für seine Enthüllungen dankbar sein; sie werden dazu dienen, die allzu große Wärme der Freunde Italiens und Deutschlands einigermaßen abzukühlen und auf die normale Temperatur zurückzuführen. Uebrigens ist der Moment für politische Meditationen gerade nicht günstig. Wir sind mit gutem Grund mehr mit uns selbst als mit dem Ausland beschäftigt. Weltausstellung, Cholera und finanzielle Atrophie nehmen die Aufmerksamkeit voll auf in Anspruch. Daß die Böse einer entsehligen Krisis entgegenstreibe, war sehr Vielen schon lange vor dem 9. Mai kein Geheimniß, aber Niemand ahnte, daß sich diese Krisis so lange hinauszuziehen werde. Viele meinten, nach dem großen Krach sei der Augenblick zu gewinnbringender Capitalanlage in den gesunkenen Werthen gekommen, aber diese Käufer zu gesunkenen Preisen büßen heute fast eben so viel ein als die Geber nach der Mai-Krisis. Wir sind heute bei tieferen Courfen angelangt als der Courszettel in den schlimmsten Tagen notirte. Dieser Zustand kann der Regierung nicht gleichgültig sein. Es gewinnt daher das Gerücht an Wahrscheinlichkeit, daß das Ministerium entschlossen sei, gegen das verbrecherische Gebahren gewisser Grönder, Directoren und Verwaltungsräthe mit Strenge vorzugehen, doch scheut man sich, die schmutzige Wäsche vor aller Welt Augen zu waschen, und wird daher erst, wenn sich die Räume des Weltausstellungs-Gebäudes geschlossen haben werden, den nöthigen Ernst gebrauchen. (R. B. Z.)

Wien, 14. Sept. Das „Waterland“ schreibt: „So weit man jetzt schon die Wahlbewegung übersehen kann, hat die conservatve und föderalistische Partei in allen Landgemeinden, mit Ausnahme Niederösterreichs, wo bekanntlich besondere Umstände vorkommen, rüstig vorgebeizt. In Böhmen, Mähren, Steiermark, Oberösterreich, Krain, Tyrol, Salzburg und Vorarlberg ist ein durchschlagender Erfolg der conservativen Candidaten in den Landgemeinden sicher. Was die Städtegruppe betrifft, so dürfen wir in Böhmen, Mähren und Krain auf einen anständigen Erfolg rechnen. Das Wahlergebnis in der Curie des Großgrundbesitzes ist problematisch. Sicher ist der Sieg der Verfassungspartei in dieser Curie in Böhmen keineswegs, da mehrere von den Chabrus-Gütern aus Mangel an Fonds nicht übernommen werden konnten und zu ihren früheren conservativen Besitzern zurückgekehrt sind. Auch in Oberösterreich dürfte die conservatve Partei bei einiger Anstrengung den Sieg in dieser Gruppe erringen. Von der höchsten Wichtigkeit ist natürlich, daß man conservativerseits in den Landgemein-

den schon die Wahlmänner-Wahlen in unserm Sinne fördert. Diese Mahnung bezieht sich insbesondere auf Niederösterreich.“

Wien, 15. Sept. In „liberalen“ Kreisen treibt man heute schon allerlei Unfug mit einem „Gegenbesuche“, welchen angeblich Kaiser Franz Joseph in Italien machen werde. In unterrichteten Kreisen ist keine Rede davon, daselbst hielte man es für eine Lächerlichkeit, jetzt auch nur eines solchen Gedankens zu erwähnen. (Oester. Volksfr.)

Basel, 16. Sept. Die „Basler Nachrichten“ melden: „Die Regierung von St. Gallen hat den Kapuzinermönch Suter (Appenzell), wegen Verletzung des confessionellen Friedens an den Strafrichter verwiesen und demselben die Ausübung geistlicher Functionen verboten.“

Rom, 11. Sept. Das römische Municipium wurde vom Ministerium Minghetti aufgefordert, eine Schaar auserlesener Männer, die um das Vaterland sich verdient gemacht hätten, nach Wien zu senden. Der plausible Vorwand für diese Sendung ist der Besuch der Weltausstellung, in der That aber sollen die Sendlinge den Auftrag haben, in der italienischen Colonie in Wien dahin zu wirken, daß dem König-Ehrenmann ein würdiger Empfang zu Theil werde, d. h. daß er bei seiner Ankunft und bei seinem jedesmaligen öffentlichen Erscheinen durch Coviva- und Lebehoch-Rufe begrüßt werde. Schon jetzt bringen die hiesigen liberalen Blätter anticipando ganz allerliebste Schilderungen des Empfanges, der dem König des einheitlichen Italiens von den „Wienern“ bereitet werden soll. Mir wird versichert, daß die Zahl der erwähnten Claqueurs in Wien noch verstärkt werden wird, und daß dies also verstärkte Corps den Nummenschanz des „Volks-empfanges“ auch in der Residenz des Kaisers Wilhelm ausführen soll. Ebenso ist der Plan entworfen, den König-Ehrenmann durch das Ministerium Minghetti bitten zu lassen, daß er nach seiner Rückkehr aus Deutschland und Oesterreich direct nach Rom komme und hier am Jahrestag des sogenannten Plebiscit (2. October) einen feierlichen, triumphartigen Einzug halte, durch welchen die öffentliche Meinung auf die Zahlung einiger Millionen Reisepesen vorbereitet werden wird. — Das Pastoral-schreiben des Erzbischofes von Paris, Msgr. Guibert, hat unsere liberale Presse in eine wahre Berserkerwuth versetzt. Einige Blätter, wie u. a. die „Capitale“, lassen sogar den Wunsch durchblicken, daß dem Msgr. Guibert dasselbe Schicksal wie dem Msgr. Darbov zu Theil werden möge. Selbst die officiöse „Opinione“ erinnert in ihrer heutigen Nummer bei Besprechung des erzbischöflichen Hirtenbriefes an den Tod des unglücklichen Darbov. Die „Voce della Verita“ und „Il Popolo Romano“ wurden gestern Abend aus Anlaß der Veröffentlichung des Hirtenbriefes confiscirt. — Der heil. Vater ist durch die Tüchtigkeit seines Leibarztes, Dr. Viale, einer Gallenkrankheit entgangen, die ihm hätte gefährlich werden können. Seit dem 8. d. M. celebrirt er wieder die hl. Messe.

Rom, 16. Sept. Nach telegraphischen Meldungen wurde der König auf der Fahrt überall von jubelnden Volksmengen begrüßt. Cantelli übernahm interimistisch das Aeußere, Finali die Finanzen. Viele Municipalitäten senden dem Ministerium Glückwünsche anläßlich der Reise des Königs. [Officiöser Waschzettel.]

Mailand, 16. Sept. Der König Victor Emmanuel ist heute Vormittag 11 Uhr hier angekommen und von einer großen Bevölkerungsmenge begrüßt worden. Die Behörden und viele angesehene Privatleute Venedigs gehen dem König bis Mestre zur Begrüßung entgegen.

Paris, 17. Sept. Der Kriegsminister hat die schleunigste Aufhebung aller von Thiers eingerichteten Militär-Barackenlager angeordnet. Die Truppen sollen kasernirt werden.

Senday, (Frankreich, Arr. Bayonne) 16. Sept. Die republikanische Verwaltungsbehörde von Pampluna verordnete, daß die Geistlichkeit und eine Anzahl des Carlismus verdächtiger Familien innerhalb 24 Stunden 100,000 Ducos bezahlen sollten und Niemand die Stadt verlassen dürfe.

Antwerpen, 16. Sept. Bei der hier stattgehabten Neuwahl von 2 Mitgliedern für die Deputirtenkammer haben die Candidaten der katholischen Partei mit einer Majorität von 200 Stimmen gesiegt.

London, 16. Sept. Weitere Nachrichten von der Goldküste schildern die Lage weit ernster, als bisher vermuthet. Recognoscendo Fantis wurden geschlagen. Zwei eingeborene Könige schlugen englische Allianzvorschlüge aus. Unter den Europäern soll viel Krankheit herrschen.

London, 16. Sept. Eine „Reuters Telegramm-Company“ zugegangene Depesche aus New-York vom 15. Sept. gibt die Anzahl der beim Sinken des Dampfers „Fronsida“ auf dem Michigansee verunglückten Menschen auf 2172 an.

London, 17. Sept. Einem Telegramm der „Times“ zufolge hat am 15. das Bombardement von Carthagena begonnen, nachdem die Blockirung von der Landseite hergestellt worden ist. Von der Seeseite ist die Blockirung unausführbar. Die Herbeiführung der Capitulation durch Einleitung förmlicher Unterhandlungen ist aufgegeben.

Madrid, 16. Sept., Abends. Eine Abtheilung von aus Malaga angekommenen Freiwilligen hat die Fortsetzung des Marsches nach dem Norden verweigert. Die dadurch entstandenen Unordnungen wurden sofort unterdrückt, die Reuterer entwaffnet.

Petersburg, 12. Sept. Die russische „St. Petersb. Btg.“ bringt die Nachricht, daß die Kriegs-Ingenieur-Behörde fortfährt, sich mit der Verstärkung unserer Landesverteidigung an der Westlinie zu beschäftigen. Unter anderem sollen Festungswerke an zwei Punkten errichtet werden: bei der Stadt Dubno in Wolhynien und bei der Stadt Ossowez an der polnischen Grenze. Die erste Aufnahme ist schon geschehen und gegenwärtig werden die ergänzenden Pläne aufgenommen. Der Ausführung der Pläne soll aber zunächst der Umstand hinderlich sein, daß der größte Theil des Landes, auf welchem die Festungswerke errichtet werden sollen, in Privatbesitz ist und Expropriationsverträge unausbleiblichen Zeitverlust mit sich bringen. Auch erzählt man sich, daß Warschau zu einem Militärmitelpunkt umgestaltet werden soll, in welchem im Nothfall zwei Corps mit allem Bedarf formirt und ausgerüstet werden könnten. — Die Dinge in Chiwa sind wieder völlig in Dunkel gehüllt und der Schwindler-Correspondent des „Daily Telegraph“, welcher in der englischen Gesandtschaft sitzt, mag wieder die abenteuerlichsten Nachrichten erfinden und nach England telegraphiren. Die „Turkistaner Zeitung“ meldet, daß man die Grenze des russischen Territoriums gegen Chiwa vorgeschoben hat, und zwar wird die Linie am rechten Ufer des Dgus-Flusses bis zu den Schluchten Monshalki hinlaufen, von wo ab man bokharisches Land vor sich hat. Diese Mittheilung über die russische Grenze gegen Chiwa und Bokhara hin bringt die „Turkistaner Zeitung“, ein Amtsblatt des Generals Kauffmann. Früher, gleich nach der Einnahme von Chiwa, hieß es bekanntlich, Rußland werde das Gebiet am rechten Ufer des Dgus bis zu dem Flusse an Bokhara abtreten als Entschädigung des Emirs Nozaffar für die den Russen während des Marsches durch die Wüsten gewährte wirksame Unterstützung. Wie man sieht, sind die Russen seitdem anderer Meinung geworden und glauben besser daran zu thun, das Land selbst in Besitz zu nehmen und den Emir auf ihre Dankbarkeit vorläufig noch warten zu lassen. Während also bisher die botanischen Berge den Grenznotenpunkt zwischen dem russischen Besitz, Chiwa und Bokhara bildeten, wird jetzt das Land von Monshalkow nach links an den Dgus und längs dem Flusse bis an den Aral-See herab für russisches Gebiet erklärt.

Constantinopel, 16. Sept. Die Nachricht von der Demission des Staatsrathspräsidenten Kiamil Pascha bestätigt sich nicht.

Persien. Die sogenannte „Resignation“ des persischen Großveziers war nach der „N. Fr. Pr.“ in der That eine Folge allerhöchster Uagnade. Wenn man in Betracht zieht, daß Mirza Hussein Khan als persischer Premierminister zu den äußerst Wenigen in der Umgebung des Schah gehöret, welche europäische Bildung und Verständniß für Gerechtigkeit in europäischem Sinne bekundet haben, so muß es eigenthümlich berühren, zu erfahren, daß sein Sturz die erste sichtbare Folge der europäischen Reise gewesen. Den Anlaß dazu hat ein Memorandum gegeben, welches die übrigen im Gefolge des Schah befindlichen Prinzen und Würdenträger dem Schah überreichten, und in welchem sie sowohl über verheerende Behandlung seitens des Großveziers, als auch betreffs politischer Uebergrieffe Klage führten, deren er sich zum Schaden des Reiches schuldig gemacht. Specially soll in dieser letzteren Richtung der Reuter'sche Vertrag gegen den Minister ausgebeutet worden sein. Jedenfalls wird der Sturz Mirza Hussein's als ein Frasco der englischen Verhandlungs-Arrangements aufgefaßt werden.

Von H. in D. für das Kirchlein in Eppelheim 1 fl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bisling.

